

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenornwald, Kreierfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beilitz, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 93

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto.

Halver
Samstag, den 23. April

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratiseilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild“
„Landmanns Sonntagsblatt“ „Herb und Scholle“
— und „Für unsere Frauen“ —

1932

Der Großkampftag am 24. April

Ein Wahltag erster Ordnung.

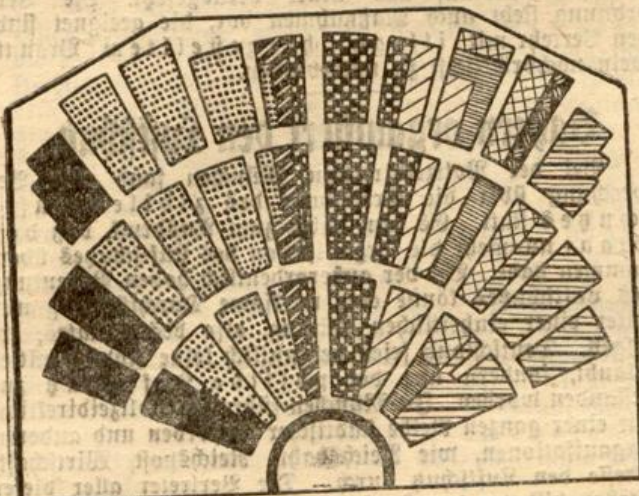
Die Wahlordnung in Preußen.

Der 24. April wird ein Kampftag erster Ordnung sein. An ihm werden Neuwahlen für fünf Länderparlamente vorgenommen werden, und zwar werden in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg die Wähler an die Urne gerufen, um darüber zu entscheiden, wer künftig an der Spitze der Landesregierungen stehen soll. Darüber hinaus haben diese Wahlen aber auch ihre Bedeutung für die Führung der Reichspolitik, denn jedes Land entsendet je nach seiner Größe seinen Vertreter in den Reichsrat. Diese Reichsratsvertreter sind bei ihrer Haltung und Stimmführung selbstverständlich in der Hauptsache abhängig von den Weisungen, die sie von ihrer Landesregierung erhalten. Von den Ländern, die am 24. April wählen, verfügt Preußen im Reichsrat über 26 Stimmen, Bayern über 11, Württemberg über 4, Hamburg über 2 und Anhalt über eine Stimme. Jede Änderung in der Zusammensetzung einer dieser Landesregierungen hat auch Änderungen in der Zusammensetzung des Reichsrates zur Folge, dessen Einfluß um so stärker ist, je seltener der Reichstag zusammengeführt wird.

Die ausschlaggebende Stellung im Reichsrat hat, wie man aus den oben mitgeteilten Zahlen ersieht, Preußen, wo bisher die sogenannte Weimarer Koalition, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum und Deutscher Staatspartei, seit 12 Jahren beinahe ununterbrochen regiert. In Preußen wird seit Wochen ein heftiger Kampf der Oppositionsparteien gegen die jetzige Regierung geführt, um in der Politik dieses größten deutschen Landes einen völligen Kurswechsel herbeizuführen und die Regierungsgewalt in die Hände von Männern zu legen, die der nationalen Rechte angehören.

In Preußen werden etwa 19 Parteien um die Gunst der Wähler. Neben den alten Parteien treten gerade immer kurz vor Neuwahlen neue Organisationen und Gruppen und Grüppchen auf den Plan, um mit irgendeinem politischen Schlagwort Wähler für sich einzufangen. Diese neuen Gruppen müssen vom Landeswahlleiter zugelassen werden, wenn sie den Bestimmungen der Wahlordnung entsprechen. Immerhin müssen die Wähler es sich überlegen, ob es überhaupt einen Zweck hat, diesen neuen kleinen Gebilden ihre Stimme zu geben. Die Wähler, die das trotzdem tun, laufen nämlich Gefahr, daß ihre Stimme bei der Auswertung der Wahl verloren geht. Eine solche Partei kann unter Umständen Hunderttausende von Stimmen erhalten, ohne daß sie in die Lage kommt, auch nur einen einzigen Abgeordneten in den Landtag zu schicken.

Die Mandatsverteilung für den Preussischen Landtag ist nach den bestehenden Bestimmungen ziemlich kompliziert. Ganz Preußen ist in 23 Wahlkreise eingeteilt, und, um überschüssige Stimmen zu verwerten, in neun Wahlkreisverbänden zusammengefaßt. Etwa noch vorhandene Reststimmen kommen dann der Landesliste der betreffenden Partei zugute. Die Aufrechnung dieser Stimmen soll einmal an einem Beispiel dargestellt werden: In Preußen entfällt im neuen Landtag auf je 50 000 Stimmen ein Abgeordneter, gegenüber 40 000 im alten Landtag. Wir wollen nun an einem Beispiel die Verrechnung der Stimmen erläutern. Die Wahlkreise 7, 8 und 9 bilden zusammen den Wahlkreisverband IV. Die Partei A erlangt im Kreis 7: 84 000 Stimmen, im Kreis 8: 102 000, im Kreis 9: 70 000. Sie erhält im Kreis 7 einen Abgeordneten, auf 50 000 Stimmen und es bleiben 34 000 Reststimmen. Im Kreis 8 zwei Abgeordnete und 20 000 Reststimmen, im Kreis 9 einen Abgeordneten und 20 000 Reststimmen. Es bleiben also 56 000 Reststimmen für den Wahlkreisverband. Das ergibt noch einen Sitz, der dem Kreis 7 zugute kommt, der den höchsten Rest hat. Es bleiben noch 6000, die dann auf der Landesliste der Partei verrechnet werden. Allerdings ist vorgesehen, daß auf der Landesliste einer Partei nicht mehr Mandate zugeteilt werden können, als sie bereits in sämtlichen Wahlkreisverbänden zusammen erreicht hat. Hat also eine Partei in den Wahlkreisverbänden nur sechs Abgeordnete bekommen, so werden ihr von der Landesliste aus auch nur weitere sechs Abgeordnete zuerkannt, wofür 300 000 Stimmen notwendig sind. Selbst wenn diese Partei beispielsweise über 500 000 Stimmen auf der Landesliste verfügen würde, könnte sie nicht mehr als sechs Abgeordnete erhalten, so daß 200 000 Stimmen unter den Tisch fallen. Wenn aber eine Partei in keinem Wahlkreis 50 000 Stimmen erreicht, dann fallen alle Stimmen unter den Tisch. Infolge dieser Bestimmung können bei kleineren und mittleren Parteien unter Umständen sehr viele abgegebene Stimmen verlorengehen, so daß für den politisch denkenden Wähler also eine Stimmabgabe für kleine Parteien von vornherein ausscheiden sollte.



Legend: D.N.V.P., S.P.D., ZENTRUM, DEUTSCHE FR., K.P.D., D.V.P., WIRTSCH.-P., STAATS-P., N.S.D.A.P.

Der Preussische Landtag vor der Wahl.

Die Lage in Bayern.

Auch in Bayern finden am 24. April neue Wahlen zum Landtag statt. Dort ist auf Grund der letzten Wahlen vom 20. Mai 1928 die Bayerische Volkspartei mit 46 Mandaten von 128 die stärkste Partei. Die Sozialdemokratische Partei hatte bisher 34 Mandate, doppelt so viel wie der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund, mit dem die Deutsche Staatspartei zusammenhängt. Die Deutsche nationale Volkspartei verfügte über 13 Mandate, die Nationalsozialisten über neun und die Kommunisten über fünf. Dazu kommen noch vier Abgeordnete der Deutschen Volkspartei.

Bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 zeigte sich in Bayern aber schon eine große Verschiebung im Stärkeverhältnis der Parteien. Während die Bayerische Volkspartei ihren Besitzstand ungefähr wahren konnte, die Kommunisten stark anschwollen, gingen die Stimmen der Sozialdemokratie, der Deutschen nationalen und der Volkspartei zurück. Die Nationalsozialisten konnten 1930 ihre Stimmen mehr als verdreifachen, da auch die Deutsche Volkspartei stark an Stimmen verlor. Bisher bestand im Bayerischen Landtag eine Regierungskoalition formeller Art zwischen Bayerischer Volkspartei, Deutschnationaler Volkspartei und Bauernbund, doch war diese Mehrheit in letzter Zeit durch den Austritt der Deutsch-

1000 Worte Genf.

Der Wollenschieber! — Wort-Winde — „Kritischer Tag Tag erster Ordnung.“

Aber den frühlingssprängenden Gestaden des Genfer Sees haben sich vor die Sonne der französischen Zufriedenheit darüber, wie die Dinge bisher auf der Abrüstungskonferenz gingen, auf einmal recht dunkle Wolken geschoben. Und Berlin, der überfluge Zeitritter des geschauvinistischen „Echo de Paris“ und Intimus des französischen Außenministers, hat natürlich vermög seines Scharfsinns sofort herausbekommen, wer dabei der „Wollenschieber“ war. Selbstverständlich Deutschlands Vertreter in Genf! Wer denn sonst! Der „arbeits heimlich gegen Frankreich“. Der habe jetzt auch die englisch-italienisch-amerikanisch-deutsche Front gegen die Franzosen zusammengebracht, so daß nun der Angriff auf die schweren Angriffswaffen mit festgeschlossenen Reihen erfolgte. Per-tinax hat längst noch nicht alles gemerkt; er hätte auch noch hinzufügen sollen: Dr. Brüning wählte bloß deswegen, um Tardieu nach Genf zu zwingen und ihn da-mit dem französischen Wahlkampf, der Verteidigung seines Mandats und seiner Mehrheit zu entziehen! Denn eilends ist Tardieu zusammen mit Macdonald nach dem wollens-überspannten Genf gefahren, um zu seinen dort gehaltenen Reden eine neue hinzuzufügen. Zehntausende von Worten hat er in Genf schon gesprochen, — Dr. Brüning hat vor der Öffentlichkeit noch kein einziges verloren, seitdem er sich in Genf der Arbeit widmete. Tausende von Worten aber werden jetzt fallen in Kampf der beiden Fronten, der sich ganz unmittelbar und ganz urplötzlich zuspitzte. Brüning, Macdonald, Tardieu, Grandi und Stimson — sie alle stehen jetzt im Redetampf. Vier gegen den einen, alle gegen Tardieu. In Schlagworten ausgedrückt: Er will Sicherheit durch Erhaltung der Rüstung „beim Völkerbund“, die andern wollen Sicherheit durch Beseitigung der Angriffswaffen. So klar und einfach, drastisch und unzweideutig sagt man das in Genf natürlich nicht, und man muß jeden etwa noch Sprachen werden, nur dringend vor dem mephistophelischen Axt warnen: „Im ganzen — haltet euch an Worte!“ Das tut in Genf jedenfalls niemand mehr. Nur wenn es gilt, festen und klaren Bindungen und Festlegungen auszuweichen, wofür es im Hauptauschuß der Konferenz ein wunderbares Beispiel gegeben hat. Dort hatte man eine Entschliebung gefaßt, wonach die Ab-

nationalen und durch die wohlwollende Unterstützung durch die Sozialdemokraten wesentlich verändert worden.

Die Wahlen in Württemberg.

Im benachbarten Württemberg, das gleichfalls am 24. April den Landtag wählt, war bisher unter den 80 Abgeordneten die sozialdemokratische Partei mit 21 Mandaten die stärkste Fraktion. Das Zentrum folgte mit 16 Mandaten und beinahe ebenso stark war der auf deutsch-nationalem Boden stehende Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund, der aus seinen Reihen den Staatspräsidenten Bazille gestellt hatte. Die Nationalsozialisten hatten bei den letzten Landtagswahlen im Mai 1928 nur ein Mandat erringen können, konnten aber bei den Reichstagswahlen im Dezember 1930 mit 128 000 Stimmen das Sechsfache der früheren Zahl erreichen. Der Württembergische Bauernbund ging nicht unerheblich zurück. Eine starke Vermehrung hatte in Württemberg der Christlich-Soziale Volksdienst erfahren. Bisher bestand in Württemberg eine Regierung, die offiziell von der Zentrumspartei, dem Württembergischen Bauernbund, den Demokraten, den Deutschnationalen und den Volksparteilern gebildet war.

Die Neuwahlen in Anhalt.

Von den 36 Mitgliedern des Landesparlaments in Anhalt, das gleichfalls zum letzten Male am 20. Mai 1928 gewählt worden war, gehörten 15 der Sozialdemokratie an, die damit fast die Hälfte der Mandate besaß. Neben zwei Demokraten haben zwei Mitglieder der Haus- und Grundbesitzerpartei für das jetzt bestehende Ministerium die Mehrheit geschaffen. Aus den 4000 Stimmen der NSDAP. im Jahre 1928 ist bis zur Reichstagswahl 1930 die elffache Zahl geworden.

Nochmals Wahlen in Hamburg.

Die Hamburger Bürgerschaft, die am 24. April neu gewählt werden soll, ist überhaupt erst sieben Monate alt; am 27. September 1931 haben in Hamburg die letzten Bürgerschaftswahlen stattgefunden. Mit 46 Mandaten war die Sozialdemokratie zwar die stärkste Fraktion geblieben, aber die Nationalsozialisten hatten nur drei Mandate weniger errungen, und die Kommunisten verfügten über 35 Sitze. Infolgedessen hatte sich eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit nicht zusammenfügen lassen. Über die seitherige Entwicklung geben die Resultate der Reichspräsidentenwahl einigen Aufschluß. Am 13. März 1932 stellte es sich heraus, daß die Nationalsozialisten ungefähr über dieselbe Anhängerzahl verfügten wie bei den letzten Bürgerschaftswahlen, daß aber die Kommunisten einen starken Rückgang zu verzeichnen hatten. Die Bürgerschaftswahlen des 24. April werden daher über die Parteigliederung in Hamburg erst wieder ein klareres Bild schaffen. Die Regierung der Freien Stadt Hamburg setzt sich heute entsprechend dem politischen Geschehen des Senats aus den Vertretern der Demokratie und der Sozialdemokratie zusammen.

rüstung „quantitativ“ für jedes Volk an die Voraussetzung der Sicherheit und der Aktionsfähigkeit im Interesse des Völkerbundes geknüpft wurde. Das sieht nämlich in Artikel 8 des Völkerbundesstatuts drin. Daran hat man sich gehalten, aber um so weniger will Tardieu sich an das in demselben Artikel geforderte „Mindestmaß“ der Rüstungen halten.

Daß sich sogar vor den Russen die Redewaffen lauter klirrend kreuzen — man tut einander dabei natürlich nicht weiter weh —, das Tardieu eilends nach Genf kam, hat seinen Grund vor allem darin: Er muß nun bald den auffallenden außenpolitischen Erfolg hereinholen, den er im französischen Wahlkampf für sich und seine bisherige Regierungskoalition ausmünzen will. Denn dieser Wahlkampf dauert nur noch acht Tage und dann geht Frankreich zur Urne. Und vorläufig sieht es noch sehr zweifelhaft aus mit diesem gewünschten und erhofften Erfolg. Schnell hat Tardieu noch ein zweites Eisen ins Feuer geschoben: die gesamte Handelsflotte aller Staaten soll „internationalisiert“ werden. Dieses Eisen wird Tardieu sicherlich weder rechtzeitig, noch überhaupt zum Glücken bringen können. Denn nicht bloß aus Flugzeugen, sondern noch einfacher aus jedem besseren Schiff kann man eine mehr oder weniger kriegsverwendungsfähige Waffe machen. Also müßten alle — Schiffe internationalisiert werden! Nichts ist so töricht, daß es in Genf nicht besprochen oder beantragt werden könnte. Und oft bedeuten tausend Worte Genf wirklich nichts anderes als eine recht unbedeutende Enterschlitterung. Bisher blieb es auch auf dieser Konferenz bei solchen Wort- und Winden. Und wenn sie etwas lauter wurden, dann nur deshalb, weil hinter den Kulissen die Windmaschine ein bißchen schneller in Betrieb gesetzt wurde. Zu mehr entschlossen sich übrigens die Vertreter Russlands und der Türkei auch nicht, obwohl sie durch keinerlei Völkerbundsstatut in ihren Beschlüssen und Taten gehemmt werden. Bisher erlagen auch sie den Genfer Redeflutten.

In seiner „Weisheit des Brahmanen“ sagt Rüdert einmal:

Den Göttern ein Verdruss
Den Menschen kein Gemüß
Ist solch ein uferlos ergoß'ner Wörterfluß, —
flusses überdient doch nun ernstes Geschehen und be-

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Beginn der Lausanner Konferenz ist jetzt endlich auf den 16. Juni festgesetzt worden.

* Auf der Abrüstungskonferenz setzte sich der französische Vorschlag auf Internationalisierung der Angriffswaffen wieder durch.

* Bei der in Aussicht gestellten Verbilligung der Sommerferienreisen sollen, wie es heißt, Ferienrückfahrkarten mit einer Geltungsdauer von zwei Monaten ausgegeben werden.

flusses übertrönt doch nur ernsteres Geschehen und bestimmtes Fördern. Er übertrönt die gar nicht mehr befristeten Verhandlungen über die Reparations- und Kriegsschuldenfrage und die Besprechungen wegen der Donaustaaten-Aktion, worüber, nach außenhin kaum hörbar, nur ein sanftes Redebächlein plätschert. Aber nicht bloß jener Lärm macht die dort im Strudel der Rede Schwimmenden und die Zuschauer nervös, sondern man wird ja gefährlichen Katastrophen entgegenschwemmt. Das weiß Tardieu. Und auch in Deutschland wählen hier fünf Felder Staatsbürger zu den Landtagen. Daß von den Ergebnissen dieser preussischen, bayerischen, württembergischen, hamburgischen, anhaltischen Wahlen viel mehr als die politische Zukunft der betreffenden Länder abhängt, daß sie auch für die Weiterentwicklung im Reich und des Reichs von weittragender Bedeutung sind, macht den 24. April zu einem „kritischen Tag erster Ordnung“. Was an ihm geschieht, wie er entscheidet, — das wird mit 1000 Worten auch nach Genuß hinübertröten.

Dr. Pr.

Kurze politische Nachrichten.

Zu der von landwirtschaftlicher Seite verbreiteten Mitteilung, daß von der Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Verhandlungen mit dänischen und holländischen Vertretern über eine Herabsetzung des deutschen Butterzolls geführt worden seien, verlautet von zuständiger Seite, daß zwar Verhandlungen geführt worden seien, aber nicht über eine Ermäßigung des Butterzolls. Zweck der Verhandlungen war lediglich die beiderseitigen interessierten Kreise und auch die Regierungen, von deutscher Seite also auch die Landwirtschaft, an den Verhandlungstisch zu bringen.

Nachdem der Arbeitslosenrat in New York vor einigen Tagen dem Bürgermeister Walter rabinale Hilfsforderungen übermittelt hatte, versuchten 5000 arbeitslose Kommunisten, das Rathaus zu stürmen. Sie trugen rote Fahnen mit der Aufschrift „Schluß mit dem Schwindel der privaten Erwerbslosenhilfe!“ 300 Polizisten trieben die Menge auseinander. Dabei wurden 25 Personen, darunter mehrere Frauen und vier Polizisten, verwundet.

Groener zur Besprechung mit Brüning abgereist.

Reichsminister Groener ist am Freitagabend von Berlin nach Süddeutschland abgereist, wo die angekündigte Besprechung mit dem Reichskanzler über die Reichsbannerfrage stattfinden wird.

Raum für deutsche Waren!

Die Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Unter Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach fanden Sitzungen des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie statt, in denen zu den wichtigsten gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung genommen wurde. Staatssekretär von Simson berichtete über die gegenwärtige Lage auf handelspolitischem Gebiet und Geheimrat Rasch über Handels- und Devisenpolitik.

Der Reichsverband vertritt den Standpunkt, daß die Politik der einzelnen Länder, nach der jedes Land verlangt, daß ihm soviel Waren wie nur irgendmöglich abgenommen werden, aber andererseits das Recht für sich beansprucht, sich gegen die Aufnahme fremder Waren zu sperren, letzten Endes zum Ruin der Weltwirtschaft führen muß. Deutschland insbesondere kann nur dann seine kreditpolitischen Beziehungen mit dem Ausland aufrechterhalten und seine Verpflichtungen aus den in früheren Jahren gewährten ausländischen Krediten erfüllen, wenn man ihm in einem ausreichenden Maße seine Waren abnimmt. Jeder Versuch, die Zahlungen außerhalb des Warenverkehrs zu verlangen, muß zwangsweise zu einer Gefährdung der internationalen Währungsbasis führen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hält es deshalb für erforderlich, daß die Reichsregierung gegenüber dieser Entwicklung eine weitgehende handelspolitische und innerwirtschaftliche Aktivität entfaltet.

Lohnpolitik der kommenden Monate.

Ein Artikel des Reichsarbeitsministers Stegerwald. In der Zeitschrift Wege zur Arbeit legt Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald seine Gedanken über die Lohnpolitik der nächsten Monate dar.

Es wird festgestellt, daß die Anzahl der Kündigungen von Tarifverträgen sehr groß ist, so daß Lohn- und Manteltarife zusammen für etwa sechs Millionen Arbeiter und Angestellte gefährdet sind.

Der Minister hält an seiner Meinung fest, daß eine allgemeine Lohnsenkung nicht tragbar sei. In einer Reihe von Fällen jedoch würden die Tariflöhne nachgeprüft und in einzelnen Bezirken oder Arbeitergruppen, besonders in den für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien, herabgesetzt werden müssen.

Eine Notverordnung, durch die etwa die Löhne allgemein festgehalten würden, lehnt er ab. Er betont, daß wo Herabsetzungen nötig seien, sie jetzt in vollem Umfange geschehen müßten, um das Lohnniveau endlich zur Ruhe zu bringen.

Hinsichtlich der Manteltarife, die die allgemeinen Arbeitsbedingungen festlegen, sollten wesentliche Änderungen nicht vorgenommen werden, doch sollte die Entlohnung des Urlaubes mit Rücksicht auf die allgemeine Kurzarbeit herabgesetzt werden. Bei den Manteltarifen empfiehlt der Minister die Festlegung für etwa ein Jahr, während beim Lohn- und Gehaltsabkommen nicht über den Herbst d. J. abzuschließen sei.

Arbeit durch Hausreparaturen.

Geldmittel aus der Hauszinssteuer.

Unter den Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung ist

die Instandsetzung des Hausbestandes von besonderer Bedeutung. Der Reichsarbeitsminister hat vor kurzem die Länder auf verschiedene Maßnahmen hingewiesen, die der Arbeitsbeschaffung auf diesem Gebiete dienen können. Die Länder sind gebeten worden, soweit möglich Mittel der Hauszinssteuer für Instandsetzungen bereitzustellen und dem einzelnen Hausbesitzer die Aufnahme von Kapital durch Zinszuschüsse aus der Hauszinssteuer zu erleichtern. Es ist ferner darauf hingewiesen worden, daß auch die Möglichkeit besteht, die erforderlichen Mittel durch Wechselkredit zu beschaffen. Auf Grund von Verhandlungen mit der Reichsbank konnte festgestellt werden, daß die Reichsbank grundsätzlich bereit ist, derartige Wechsel zu diskontieren. Auf diesem Wege wird sich die Ausführung von Instandsetzungsarbeiten in erheblichem Umfange ermöglichen lassen.

Sprit wird billiger.

Maßnahmen gegen Schwarzbrennereien.

Die im fiskalischen Interesse seit längerer Zeit bereits notwendig gewordene Spritpreissenkung ist nunmehr durch Verordnung des Reichspräsidenten über die Besteuerung des Branntweins vom 20. April erfolgt. Die Vorschriften der Verordnung treten am 25. April in Kraft. Durch die Verordnung wird die Heftlittereinnahme, d. h. die Abgabe der Reichsmonopolverwaltung von dem zum regelmäßigen Verkaufspreis abgesetzten Branntwein, von 400 Mark auf 250 Mark herabgesetzt. Die Verordnung sieht auch Maßnahmen vor, die geeignet sind, den Verkehr mit illegal hergestelltem Branntwein nachdrücklich zu unterbinden.

Bayern organisiert den Luftschutz.

Bei der Polizeidirektion München fand eine Besprechung über die Errichtung des zivilen Luftschutzes statt. Es kam dabei zum Ausdruck, daß der Staat nunmehr die Organisation des Luftschutzes übernommen habe. Bei der außerordentlich hohen Bedeutung des Luftschutzes könne eine wirksame Durchführung nur unter einer einheitlichen Leitung, also des Staates, erfolgen. Deutschland seien bekanntlich keine Abwehrmittel erlaubt, sondern nur der passive Luftschutz zugestanden worden. In München führe die Polizeidirektion mit einer ganzen Reihe städtischer Behörden und anderen Organisationen, wie Reichsbahn, Reichspost, Wirtschaft, Presse den Luftschutz durch. Die Vertreter aller dieser Stellen bildeten den Luftschutzeirat, aus dem ein Ausschuss gebildet werden soll, der sofort die praktische Arbeit aufnehmen wird.

Große Kundgebung für das italienische Heer.

In der Kammer in Rom wurde Freitag nach der Rede des italienischen Kriegsministers, General Gazzera, der Haushaltsplan des Kriegsministeriums angenommen. Die Abgeordneten bereiteten dem italienischen Heer, das durch zahlreiche Offiziere auf den Tribünen vertreten war, stehend eine lebhafte Beifallskundgebung, der sich auch Mussolini mit der ganzen Regierung anschloß. Der Kriegsminister erklärte in seiner Rede u. a., das italienische Heer suche den Kampf nicht, fürchte ihn aber auch nicht. Es wisse, daß das Leben Kampf sei. Für die Männer ebenso, wie für die Völker. Es wisse, daß ein Volk durch den ausgeglichenen weisen und mutigen Einsatz aller seiner Kräfte, aller seiner geistigen und materiellen Energien siege. Der Mut erwache aus der Leidenschaft, die Weisheit aus dem Verstand, das Gleichgewicht aus dem Können. Leidenschaft, Verstand und Können seien die Leuchtfeuer des italienischen Heeres, der faschistischen Zeit unter dem weisen und leuchtenden Savoyer Kreuz.

Griechische Währungsfragen.

Kirchenschatze zur Stützung der Drachme.

Die griechischen Staatseinnahmen sind im März 1932 um den Betrag von fast 200 Millionen Drachmen gegenüber dem März 1931 zurückgefallen.

Der Metropolit von Athen, der mit den zuständigen Behörden wegen Aufrechterhaltung der Goldbasis für die Drachme durch eine allgriechische Stützungsaktion verhandelt, hat nunmehr erklärt, daß

die 1300 orthodoxen Kirchen Griechenlands zur Herabgabe ihrer Gold- und Silberschatze bereit seien.

Durchschnittlich dürfte jede Kirche für mindestens 10 000 Drachmen goldene Kirchengüter, Opfergaben usw. besitzen. Die größeren griechischen Vereinigungen sind zu einer Besprechung eingeladen, um über die Sammlung von Gold und wertvollen Schmuckstücken zu beraten, die bei der Bank von Griechenland hinterlegt werden sollen.

Während fast alle griechischen Stellen diese allgriechische Stützungsaktion für die Drachme begrüßen und über die Verwirklichung dieses Gedankens mit Finanzfachleuten verhandeln, bezeichnet der Wirtschaftsminister den Plan als unsinnig.

Verheerende Finanzlage in Rumänien.

Die Staatseinnahmen Rumäniens sind nach amtlichen Angaben um über drei Milliarden Lei gegenüber dem Voranschlag von sechs Milliarden zurückgefallen. Die indirekten Steuern erreichten nur ein Viertel des Voranschlages. Die Zolleinnahmen sind um 75 v. H. gesunken.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 23. April 1932.

Kindergarten.

Matth. 18, 5: Wer ein solches Kind aufnimmt in meinem Namen, der nimmt mich auf.

Die Zeit um 1800 war unendlich reich an schöpferischen Menschen. Neben den großen Dichtern und Denkern, wie sie in einem solchen Reichum nie ein Volk zugleich gehabt hat, traten die großen Menschenfreunde hervor mit praktischen Neuschöpfungen. Unter ihnen ist einer der größten Friedrich Fröbel, dessen 150. Geburtstag wir am 21. April erleben haben. Er wurde als Sohn eines Pfarrers in Oberweißbach geboren. Seine erste Jugend war hart und freudlos, da der Vater durch sein schweres Amt sich nicht genau um ihn kümmern konnte, die Mutter aber, eine Frau ohne Gemüt, ihn vernachlässigte. Aber gerade aus dieser Freundlosigkeit sollte ein Segen für Millionen Kinder erwachsen. Er lernte früh, sich allein zu beschäftigen; ein tiefbildendes Verständnis für wahre Kindernot reifte in ihm daraus heran. Nach manchem Umhertasten in verschiedenen Berufen (Förster, Landwirt, Student, Architekt) wurde er sich beim Besuch in einer

Pestalozzi-Schule sofort klar über seinen eigentlichen Beruf als Erzieher. In unruhigen Lehrtätigkeiten an verschiedenen Orten, nach Anfangsglück und wiederholten Mißerfolgen, schuf er 1840 den ersten Kindergarten.

Ganz glücklich war er, als er diesen Namen „Kindergarten“ für sein Werk gefunden hatte. Er schreibt selbst: „Wie in einem Garten unter Gottes Schutz und unter der Erfahrung einsichtiger Gärtner im Einklang mit der Natur die Gewächse gepflegt werden, so sollen hier die edelsten Gewächse, Menschen, Kinder, als Keime und Glieder der Menschheit, in Übereinstimmung mit sich, Gott und Natur, erzogen werden.“ Jedes junge Mädchen sollte nach seiner Meinung in einem solchen Kindergarten angelehrt werden, um später als Mutter oder Gehilfin zu einer sorgfältigen, tieferen Erziehung der Kinder fähig zu sein. Trotz Anfeindung und Unverständnis ist sein Werk in alle Welt hinausgewachsen.

Tausende von Kindergärten blühen in aller Welt: das Leid des einen Knaben ist ein Samenfort gewesen, das reiche Frucht gebracht hat und bringt für unendlich viele. Uns allen, die wir um eine bessere Zukunft der Menschheit ringen, uns Eltern und Erziehern, ruft gerade in unserer unglücklichen Zeit sein Gedächtnis auf zu gleichem Werk, uns selbst und die Kinder um uns zu erziehen zu der allein richtigen Gestaltung des Menschenlebens: es in den gottgewollten Einklang zu bringen zu Gott, zu seiner Schöpfung und zu den Menschen! Hinter seinem Werk und unserer Aufgabe steht das lichte Bild des größten Kinder- und Menschenfreundes, der da gesagt hat: „Laßt die Kinder zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn ihrer ist das Reich Gottes!“

Wie wird das Wetter?

Das Wetter nahm in der vergangenen Woche seinen programmatischen Verlauf. In den ersten Tagen hatten wir bei außergewöhnlich niedrigen Temperaturen — in Mitteleuropa kam es sogar im Flachlande noch wiederholt zu Nachfrösten — unter dem üblichen Aprilwetter zu leiden. Allerdings ließen die Niederschläge schon wesentlich nach. Mitte der Woche entwickelte sich dann über Mitteleuropa ein Hochdruckgebiet, das sich von Tag zu Tag verstärkte und sich schließlich mit dem über Nordeuropa lagernden hohen Druck vereinigte. Das über den britischen Inseln liegende Tiefdruckgebiet verlor immer mehr an Einfluß. Lediglich in West- und Nordwestdeutschland kam es noch zu geringen Regenfällen. Nach der allgemeinen Wetterlage darf man annehmen, daß sich das Hochdruckgebiet noch weiter verstärken wird. Lediglich im Nordwesten dürften Teilschwüngen, die zu Niederschlägen führen, zu erwarten sein. Im übrigen Deutschland wird es vorwiegend heiter bleiben, die Temperaturen werden weiter ansteigen.

Verbilligte Ferienreise.

Ferienrückfahrkarten für zwei Monate.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn wird sich in kurzem über die Pläne zur Verbilligung der Sommerferienreise schlüssig werden. Es handelt sich dabei um die Ausgabe von Ferienrückfahrkarten mit zwanzigprozentiger Fahrpreisermäßigung. Die Zuschlagssätze sollen eine Herabsetzung um 50 Prozent erfahren. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Fahrpreiserbilligungen ist der 1. Juni in Aussicht genommen. Die Geltungsdauer der Ferienrückfahrkarten soll sich auf zwei Monate erstrecken. Eine Beschränkung der Ferienrückfahrkarten auf bestimmte Bäder, Kur- oder andere Erholungsorte ist nicht beabsichtigt. Es heißt aber, daß ein Mindestaufenthalt in einem deutschen Bad, Kurort, Luftkurort, Seebad usw. gefordert werden soll. Ferner verlautet, daß die Vergünstigungen nur einem bestimmten Personentreife, der noch festgelegt werden soll, zugute kommen sollen.

* Der am 20. Mai 1928 gewählte Preussische Landtag zählte 449 Abgeordnete, die sich auf folgende Parteien verteilten: SPD. 136, Deutsche Nationalpartei 82, Zentrum 71, KPD. 56, DDP. 40, Nat.-Soz. 6, DVP. (Staatspartei) 21, Wirtschaftspartei 21, Bayerische Landvolkpartei 7, D.-Hann. 5, V. Natl. Block 2, Volksrechtspartei 2. — Der neue Landtag wird nach der Auffassung des preussischen Staatssekretärs Dr. Weismann, die er gegenüber dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ äußerte, voraussichtlich etwa 100 Sozialdemokraten, 65 Zentrum Abgeordnete und 10 Demokraten zählen, was für die Weimarer Koalition 175 Sitze ergeben würde. Die Nationalsozialisten würden etwa 140 Mandate, die Deutschen 40 und die Volksparteier 35 Mandate erhalten. Was die Kommunisten angeht, so werde ihre Fraktionsstärke nicht mehr als 60 betragen. Dr. Weismann legt den kleinen Parteien bei den Preußenwahlen entscheidende Bedeutung bei, da sie entweder der Weimarer Koalition oder dem Rechtsblock zur Mehrheit verhelfen könnten. „Wenn diese Zahlen richtig seien“, so fügt der Berichterstatter hinzu, „dann werde der künftige Landtag mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, da eine feste Mehrheitsbildung nahezu ausgeschlossen erscheine. Die Hoffnungen der Rechtsparteien gingen allerdings weit über die Voraussagen des preussischen Staatssekretärs hinaus. So rechne Hitler mit 160 und Eucken mit 60 Sitzen, was mit Hilfe der Volkspartei zur Mehrheitsbildung genügen würde.“

* Das Amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Dortmund (mit Ausnahme der Teilnehmer im niederrheinisch-westfälischen Bezirksnetz und des Ortsnetzes Schwelm), Ausgabe 1932, wird Ende April an die in dem genannten Buch aufgeführten Fernsprechteilnehmer zur Ausgabe gelangen. Käufliche Stücke können vom Telegraphenamt in Dortmund zum Preise von 1 RM bezogen werden (Postcheckkonto Dortmund Nr. 830). Zum gleichen Zeitpunkt wird auch das amtliche Fernsprechbuch für das niederrheinisch-westfälische Bezirksnetz Ausgabe 1932 herausgegeben. Verkaufspreis 1,80 RM, Bezugsstelle wie oben: Telegraphenamt Dortmund.

* Höchstpreise für einjährige Arzneimittel. Auf Grund eines Erlasses des preussischen Wohlfahrtsministers usw. hat der Erzeugungspräsident in Arnberg die in der deutschen Arzneitaxe 1932 aufgeführten Preise als Höchstpreise für solche einjährige Arzneimittel festgesetzt, die sonst ohne ärztliche Verschreibung abgegeben zu werden pflegen.

* Stadttheater Hagen. Wochenplan für die Zeit vom 23. April bis 1. Mai. Samstag, 23. April, 19,30—23 Uhr, „Die Blume von Hawaii“, Operette. — Sonntag, 24. April, 14,15—17,45 Uhr, Vorstellung für den Eisenbahnerverein „Im weißen Rößl“, Revue-Operette. — 19,30—23 Uhr, „Die Blume von Hawaii“, Operette. — Montag, 25. April, 20—22 Uhr, Erstaufführung „Der Diener zweier

Krisenziffern.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Wenn die Wirtschaftskrise in Deutschland sich in einem Zahlenbild widerspiegeln soll, so ist hierfür besonders der Kohlenbergbau geeignet; denn er ist ja nicht nur der Schlüssel der Industrie, er bietet auch die Grundlage für den Aufbau der gesamten Produktion. Während 1929 im Monatsdurchschnitt rund 13,6 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert wurden, beträgt diese Förderung 1932 nicht viel über acht Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß allein im Ruhrgebiet rund zehn Millionen Tonnen auf den Halben liegen. Von einer Ertragsfähigkeit des Steinkohlenbergbaues kann unter diesen Umständen keine Rede sein, was auch dadurch bestätigt wird, daß mit Dividendenausschüttungen für 1931 kaum zu rechnen sein wird. Nun ist der Bergbau selbst einer der größten Auftraggeber für die Industrie. Denn der Verbrauch an Arbeitsmaschinen aller Art ist bei der verhältnismäßig schnellen Abnutzung viel größer als in anderen Wirtschaftszweigen. Bei der mangelnden Ertragsfähigkeit des Steinkohlenbergbaues, die sich ja auch darin auswirkt, daß die Förderung immer weiter eingeschränkt werden muß, fallen auch die Aufträge des Bergbaues weg, was wieder erklärt, daß die Arbeitslosigkeit gerade im Industriegebiet außerordentlich hoch ist.

Nun hat auch die I.-G.-Farbenindustrie, eines der größten Unternehmen Deutschlands, den Geschäftsbericht für 1931 veröffentlicht. Auch diese Zahlen bieten ein Spiegelbild der Wirtschaftskrise, zumal ein Vergleich mit den Vorjahren zeigt, wie weit die Einschränkung der Produktion gegangen ist. So erzielte die I.-G.-Farbenindustrie in den beiden Hochkonjunkturjahren 1928 und 1929 einen Rohgewinn von je 256 Millionen Mark, der für 1931 auf 155 Millionen Mark zurückging. Interessant ist dabei die Tatsache, daß 1928 von dem Rohgewinn von 257 Millionen Mark rund 51 Millionen Mark Steuern entrichtet werden mußten, aber 1931 trotz des Rückganges des Rohgewinnes auf 155 Millionen Mark immer noch 40 Millionen Mark. Während also 1928 die Steuerbelastung etwa 20 Prozent des Rohgewinnes in Anspruch nahm, stieg die Belastung 1931 auf 27 Prozent. Der Reingewinn betrug 1931 nur noch 51,4 Millionen Mark gegen 123 Millionen Mark im Jahre 1928. Da die I.-G.-Farben selbst kapitalträchtig genug, auch frei von Bankschulden sind, ist fast der ganze Reingewinn für Dividende in Höhe von 7 Prozent ausgeschüttet worden. Das sind 5 Prozent weniger als in den drei Vorjahren.

Erschütternde Zahlen, die schlaglichtartig die ungeheure Not der Landwirtschaft insbesondere in Preußen beleuchten, entnimmt man einer Übersicht des preussischen Statistischen Landesamtes über die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke. Nach dieser Aufstellung wurden seit 1924, also seit dem Ende der Inflation, nicht weniger als 4573 land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke unter den Hammer genommen. Die Zahlen bewegen sich mit den einzelnen Jahren in steil ansteigender Kurve. 1924/25 waren es erst 0,76 Prozent der Gesamtzahl, 1927/28 bereits 10,30 Prozent und so steigt die Krisenziffer weiter, um mit 33,20 Prozent im Berichtsjahr 1930/31 einen traurigen Rekord aufzustellen — der im laufenden Jahr noch überboten werden dürfte! Denn schon das erste Halbjahr 1931/32 erreichte mit 1174 zwangsversteigerten Betrieben bereits 77,3 Prozent des Vorjahres. Wieviel Sorge und Not, wieviel Elend und Heimatlosigkeit sprechen aus diesen Zahlen!

Ein Sonntag der politischen Entscheidungen.

Über 800 neue Abgeordnete.

Der Sonntag der politischen Entscheidungen steht vor uns: Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg wählen ihre Volksvertretungen. Das bedeutet, daß etwa 85 Prozent der mehr als 42½ Millionen wahlberechtigten Männer und Frauen Deutschlands an diesem Tage ihr Wahlrecht ausüben können. In Preußen, dessen Landtag in der gegenwärtigen Wahlperiode 450 Abgeordnete zählt, wird das rein mandatsmäßige Ergebnis der Neuwahl sehr wesentlich beeinflusst sein von der Erhöhung des Wahlquotienten, wonach bekanntlich erst auf 50 000 statt wie bisher auf 40 000 Stimmen ein Abgeordnetenmandat entfällt. Neben der rein rechnerischen Verminderung der Abgeordnetenzahl wird die Erhöhung des Wahlquotienten auch ein Anwachsen der unverwundbaren Splitter- und Reststimmen bringen. Wenn bei der letzten Landtagswahl nahezu 900 000 Stimmen verloren waren, so dürfte sich diese Zahl jetzt angesichts der auch bei dieser Wahl wiederum aufgestellten zahlreichen Splitterparteien schätzungsweise auf 1,5 Millionen erhöhen. Die Erhöhung der Zahl der Wahlberechtigten in Preußen gegenüber 1928 um rund zwei Millionen auf 27 Millionen ist bei weitem nicht imstande, die sich aus der Erhöhung des Wahlquotienten ergebende Verringerung der Mandate auszugleichen. Ein wichtiger Faktor für die Beantwortung der Frage, wieviel Abgeordnete der neue Preussische Landtag haben wird, ist ferner die Wahlbeteiligung. Allgemein nimmt man an, daß sie die Höhe der beiden Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl mit 86,2 bzw. 83 Prozent nicht erreichen und etwa bei 80 Prozent liegen wird gegenüber 76,5 Prozent bei der Landtagswahl von 1928. Bei Berücksichtigung aller dieser Umstände ist für den am Sonntag zu wählenden Preussischen Landtag mit wenig mehr als 400 Abgeordneten zu rechnen.

In Bayern sind bei den letzten Landtagswahlen 128 Abgeordnete gewählt worden, in Württemberg und Anhalt 80 bzw. 36 Abgeordnete und in Hamburg 160 Bürgerschaftsmitglieder, das sind in den außerpreussischen Ländern, in denen jetzt gleichfalls Neuwahlen stattfinden, insgesamt 404 Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung hat sich in diesen Ländern damals zwischen 88,1 (Anhalt) und 68,8 Prozent (Württemberg) bewegt. Der Durchschnitt lag bei 75 Prozent und wird jetzt voraussichtlich erheblich überschritten werden. Die entsprechende Auswirkung auf die Mandatsziffer und ferner die Vermehrung der Wahlberechtigten berücksichtigt, dürften am Sonntag in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg schätzungsweise etwa 820 Abgeordnete gewählt werden.

Aus dem Wahlkampf.

In Dortmund sprach in einer Versammlung der Staatspartei Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Der Vorwurf, Preußen durchkreuze die Reichspolitik, sei aufs schärfste zurückzuweisen. Der Minister beschäftigte

Kompromisse in Genf**Moratoriumsverlängerung statt Reparationsstreichung?**

Schlechte Aussichten für Deutschland.

In Genf „kompromisselt“ es auf allen Stellen. Man sucht überall einer endgültigen Entscheidung aus dem Wege zu gehen, weil man weiß, daß der Völkerbund gar nicht in der Lage ist, eine solche Entscheidung wirklich durchzuführen. Es fehlt der „internationale Gerichtsvollzieher“, der das Urteil vollstrecken könnte, und dieser Mangel wird wohl auch nie behoben werden. Der japanisch-chinesische Konflikt ist eine drastische Illustration zu der völligen Machtlosigkeit des Völkerbundes. Die Einerseits-andererseits-Stimmung, die in der Abrüstungskonferenz herrscht, färbt anscheinend auch auf die anderen zahlreichen Konferenzen und Besprechungen ab, außer auf Frankreich, das immer bei der Stange bleibt und sich damit durchsetzt.

Nach Mitteilung von französischer Seite ist in der ersten Unterredung zwischen Brüning und Lardieu die Tributfrage und die Donaufrage nur oberflächlich gestreift worden. Jedoch hat sich bereits in dieser ersten Unterredung gezeigt, daß die französische Regierung gegenwärtig jedes Entgegenkommen in der Tributfrage sowie alle sachlichen deutschen Vorschläge für die endgültige Regelung auf das entschiedenste ablehnt. In der Unterredung ist nach dem Eindruck in französischen Kreisen ein Fortschritt in der Richtung einer Einigung nicht erzielt worden. Lardieu soll geltend gemacht haben, daß Deutschland durch die Inflation von allen inneren Schulden befreit sei und über einen hochentwickelten industriellen Apparat verfüge, so daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands auf tributpolitischem Gebiet nicht bestritten werden könnte. Es besteht übereinstimmend in französischen Kreisen der Eindruck, daß vor der am 16. Juni stattfindenden Lausanner Konferenz eine grundsätzliche Einigung kaum erzielt werden wird.

Auch in englischen Kreisen in Genf besteht der Eindruck, daß zur Zeit keine Aussicht auf eine völlige Befreiung Deutschlands von den Tributzahlungen bestehe. Dieser Gedanke sei vollständig fallengelassen worden. Im Vordergrund stehe augenblicklich der Gedanke der Verlängerung des Tributmoratoriums. Soweit die Vereinigten Staaten in Frage kämen, sei man sich darüber klar, daß nichts geschehen könne, ehe nicht die Präsidialentscheidungen in Amerika vorüber seien. Im allgemeinen werde man den Grundsatz zu verfolgen suchen, daß bei einem Ausfall der Tributzahlungen auch an Amerika keine Zahlungen geleistet würden.

Verbot oder Internationalisierung der Angriffswaffen.

Frankreich setzt sich durch.

In der Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz gab Henderson bekannt, daß der vielerörterte englische Antrag von 16 Staaten, der rumänische Gegenantrag von 13 Staaten unterstützt würde. Der englische Außenminister Simon machte sodann die Mitteilung, daß er eine

neue Formulierung für seinen Vorschlag

dem Hauptausschuß vorlege. Diese neue Formulierung nimmt jedoch dem englischen Antrag seine grundsätzliche Bedeutung. Nach dem neuen englischen Vorschlag heißt es jetzt, daß die Abrüstungskonferenz den Grundsatz der qualitativen Abrüstung annimmt, d. h. den Besitz oder Gebrauch bestimmter Rüstungskategorien entweder für alle Staaten verbietet oder es erfolgt eine Internationalisierung dieser Waffen durch ein internationales Abkommen. Durch diese neue Formulierung ist das bisher vorgesehene uneingeschränkte

Verbot aller Angriffswaffen aufgehoben

und als gleichberechtigte Maßnahme die von Frankreich geforderte Internationalisierung der schweren Angriffswaffen zugelassen. Die neue englische Kompromissformel läßt den Weg für beide Lösungen offen. Er wurde einstimmig vom Hauptausschuß angenommen.

Am Schluß der Sitzung wurde ein englischer Antrag angenommen, demzufolge die technischen Ausschüsse der Konferenz jetzt beauftragt werden, die besonderen

Waffenkategorien, die als Angriffswaffen anzusehen sind,

festzustellen. Maßgebend für diese Feststellung soll der Gesichtspunkt sein, ob bestimmte Waffen für die Zivilbevölkerung bedrohend sind, den Charakter besonderer Angriffswaffen tragen oder besondere Wirksamkeit gegen die nationale Verteidigung in sich tragen. Der Hauptausschuß wird bis Montag nachmittag keine weiteren Sitzungen abhalten, jedoch ist das Präsidium der Konferenz auf Sonnabend zu einer, wie Henderson erklärte, außerordentlich wichtigen Sitzung einberufen worden.

Warum Deutschland zustimmte.

Zu der vom Hauptausschuß angenommenen Entschließung über die qualitative Herabsetzung der Rüstungen, nach der gleichzeitig das Verbot oder die Internationalisierung der Angriffswaffen behandelt werden soll, wird von deutscher Seite der Standpunkt vertreten, daß lediglich die völlige Abschaffung aller Angriffswaffen als wirkliche Abrüstungsmaßnahme in Frage kommen könne. Aus allgemeinen außenpolitischen Gründen sei jedoch eine grundsätzliche Stellungnahme gegen die von Lardieu herbeigeführte Einschaltung der Internationalisierung der Waffen nicht erfolgt. Die deutsche Zustimmung zu der Entschließung sei daher nur unter dem Gesichtspunkt der Abschaffung der Angriffswaffen erfolgt. Die endgültige Stellungnahme gegen die französischen Internationalisierungsvorschläge hänge von der allgemeinen Orientierung der deutschen Abrüstungspolitik ab.

Verquickung der Kriegsschulden mit den Reparationen.

Staatssekretär Stimson hat dem Staatsdepartement auf Grund seiner Genfer Besprechungen offiziell mitgeteilt, daß kein Land Europas vor der Lausanner Konferenz Schulden bezahlen werde. Stimson erklärte offen, daß die Länder ihre Kriegsschuldenzahlungen von den Zahlungen Deutschlands abhängig machten und entgegen dem Protest Amerikas die Reparationen mit der Kriegsschuldenfrage zu verquickten.

Von hohen Beamten des Staatsdepartements wird zwar darauf hingewiesen, daß nach Beginn der Lausanner Konferenz weitere Verhandlungen stattfinden werden, aber gleichzeitig betont, daß die amerikanische Regierung, gestützt auf die Unterschriften der Schuldnerländer, auch weiterhin auf Einhaltung der bestehenden Zahlungsverpflichtungen drängen werde.

Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Auf Wunsch Frankreichs.

Von französischer Seite sind gegenwärtig lebhaft Bestrebungen hinter den Kulissen im Gange, eine Verschiebung der Verhandlungen des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz bis nach den französischen Kammerwahlen, also bis Mitte Mai, herbeizuführen. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz wird sich, wie verlautet, am Sonnabend mit dieser Frage befassen.

Lausanne endgültig 16. Juni.

Die Lausanner Konferenz soll nunmehr endgültig am 16. Juni beginnen. Als Präsident der Konferenz ist der frühere belgische Ministerpräsident Theunis in Aussicht genommen.

Der französische Vertagungswunsch.

Der deutsche Sachverständige für die Donaufrage, Ministerialdirektor Graf Schwerin-Krosigk, ist in Genf eingetroffen. Die Besprechungen der Donaufachverständigen beginnen am Sonnabend.

Es bestätigt sich, daß die Franzosen beabsichtigen, in der Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz eine Vertagung der Verhandlungen des Hauptausschusses und praktisch damit der gesamten Abrüstungskonferenz bis nach den französischen Kammerwahlen zu erreichen. Die deutsche Stellungnahme zu einem derartigen Vorhaben wird, wie verlautet, von allgemeinen außenpolitischen Gesichtspunkten abhängig gemacht werden.

bewerfe. Zur Stützungsaktion für die Groß- und Gewerkschaftsbanken bemerkte Dr. Dietrich, daß übermächtige Wirtschaftsgebilde eine volkswirtschaftliche Gefahr seien. Sie vernichte die kleinen und mittleren Existenzen. Die Autarkie sei das ungeeignetste Mittel, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Wirkliche Hilfe bringe nur Verständigung nach außen, Befriedung nach innen.

In einer Kundgebung der Volkserhaltenden Vereinigung in Hamburg sprach Reichsminister Treviranus. Es sei jetzt Zeit, daß das Letzte getan werden müsse, um dem freiwilligen Arbeitsdienst die Tore zu öffnen. Das sei mehr wert als Geschenke von oben. Das deutsche Volk müsse in den nächsten Monaten der wichtigen Konferenzen die Nerven behalten.

In Berlin erklärte auf einer Kundgebung der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten der preussische Kultusminister Grimme zum Thema „Preußen wählen und Beamte“, die Beamenschaft habe es nicht nötig, wie Hitler es ankündigte, moralisch und nach ihren Leistungen bereinigt zu werden; die Republikanisierung der Beamenschaft hätte allerdings etwas schneller durchgeführt werden müssen. Hitler selbst sei ohne Fachkenntnisse und ohne Leistungsprüfung auf Geeignetheit Beamter geworden.

In München hielt der bayerische Ministerpräsident Held eine Rede gegen Hitler. Die Nationalsozialisten hätten sich nur als Partei der unfruchtbaren Kritik erwiesen ohne positive Leistungen. Es sei erwiesen, daß die Nationalsozialisten feindselig gegen positives Christentum und katholische Kirche eingestellt seien, und die Geistlichen aus dem öffentlichen Leben entfernen und in die Kirche einsperren wollen. Das Geschrei über Parteibuchbeamte könne Bayern nicht treffen, es habe keine Parteibuchbeamten. Der übelste Parteibuchbeamte aber sei Hitler.

Adolf Hitler sprach in einer Wahlkundgebung im Koblenzer Stadion Oberwerth. Die Gegner behaupten, so führte er u. a. aus, wenn die Nationalsozia-



Auch Deine Stimme zählt

sich hauptsächlich mit außenpolitischen Fragen. Den Young-Plan habe er, Dietrich, auch unterschrieben, weil er sich auf das Gutachten von Dr. Schacht verlassen habe. Der jetzt die Regierung von rechts her mit Steinen

Herren", Lustspiel. — Dienstag, 26. April, 20—22 Uhr, „Der Diener zweier Herren“, Lustspiel. — Mittwoch, 27. April, 19.30—23 Uhr, „Die Blume von Hawaii“, Operette. — Donnerstag, 28. April, 20—23.30 Uhr, Vorstellung für den Kreis-Kriegerverband, „Die Blume von Hawaii“, Operette. — Freitag, 29. April, 20—23 Uhr, Vorstellung zum letzten Mal, „Drei alte Schachteln“, Operette. — Samstag, 30. April 19.30—23 Uhr, zu ermäßigten Preisen, „Im weißen Rössl“, Komödie-Operette. — Sonntag, 1. Mai, 14.15—17.45 Uhr, Vorstellung für die Hirsch-Dunker'sche Gewerkschaft, „Die Blume von Hawaii“, Operette. — 19.30—23 Uhr, „Die Blume von Hawaii“, Operette.

Halber

—0 Die in der Nacht vom 20. zum 21. d. M. einem Landwirt in Siepen entwendete Stahlkassette — wurde gestern vormittag von 2 jungen Leuten aus Halber in der Nähe der Ortschaft Siepen gefunden. Die Stahlkassette war zertrümmert. Die darin enthaltenen Papiere waren noch vorhanden, während der kleine Geldbetrag fehlte.

—X Die nach Ostern dem Evangelischen Frauen- und Jungfrauenverein angegliederte Jungfrauengruppe hat bis jetzt schon eine ansehnliche Mitgliederzahl. Gehören derselben doch bereits 40 bis 50 Mädchen im Alter von 10—14 Jahren an. Ihre Zusammenkünfte finden Mittwochs nachmittags 4 Uhr im evangelischen Vereinssaal statt. Erfreulich ist, daß die Teilnehmerinnen sich nicht nur aus der Ortschaft Halber, sondern auch aus den übrigen Bezirken der Gemeinde Halber dazu einfinden. — Die alljährlich vom Frauen-Missions-Verein (Vereinshaus) veranstaltete Verlosung wird diesmal im Mai stattfinden.

Kierspe

—s Senkung der Grabgebühren. Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, hat die Kirchenverwaltung sich in ihren letzten Sitzungen mit einer Senkung der Grabgebühren befaßt. Nach dem gefaßten Beschlusse soll der Preis für ein Erdbegräbnis mit 3 Grabstellen von 80 auf 60 RM ermäßigt werden. Auf dem früheren Ehrenfriedhof oberhalb der Totenhalle wird eine Grabstelle 30 RM kosten. Der Preis für eine Freistelle ist bei einem Alter von 50 bis 60 Jahren auf 15 RM, von 60—70 Jahren auf 10 RM, und über 70 Jahre auf 5 RM festgesetzt.

—r Der Vaterländische Frauenverein Kierspe beabsichtigt durch Schwester Angela Verenbrock, welche bereits seit einiger Zeit in Kierspe-Whf. mit Erfolg einen Kursus „Erste Hilfe bei Unfällen und Krankheitsfällen“ geleitet hat, einen gleichen Kursus in Kierspe abhalten zu lassen. Der Kursus soll 10 bis 12 Tage dauern und zwar nach Wahl der Teilnehmer des Nachmittags oder des Abends 2 Stunden. Die Gebühren für den Ausbildungskursus betragen 3 RM, Minderbemittelte und Erwerbslose erhalten Ermäßigung, bezw. Erlaß der Gebühren. Eine Besprechung über die Einzelheiten des Kurses findet am Montag, den 25. April 1932 nachm. 5 oder 8 Uhr im Gemeindehause (alte Schule) in Kierspe statt. Interessenten können an der Besprechung teilnehmen. Da Schwester Angela als technische Lehrerin ausgebildet ist und gleichzeitig die Kranken- und Säuglingspflege erlernt hat, ist ein guter Erfolg des Lehrgangs gewährleistet. Eine Teilnahme kann nur empfohlen werden.

—r Der Turnverein Kierspe hat die Entwässerung des Spiel- und Sportplatzes in Kierspe sowie die Anlage einer Zuschauertribüne auf demselben im freiwilligen Arbeitsdienst geplant. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß mit der kommenden Woche die Arbeiten in Angriff genommen werden. Ueber die Ausführung der Arbeiten bei der Errichtung eines Schwimm- und Badeteiches in Kiersper Bruch unter Mitwirkung des Verkehrsvereins Kierspe schweben noch Verhandlungen. Mit den Arbeiten wird auch bald begonnen werden können.

—X Ihre Silberhochzeit können die Eheleute Emil Kronenberg und Frau Martha geb. Wöste zu Holt am Mittwoch, dem 27. April begehen. Wir entbieten dem Jubelpaare unsere herzlichsten Glückwünsche!

—& Hülfseid. Die Verletzung des Hauptlehrers Fritz Bunselmeier von Spornmecke nach Hagen ist von der Regierung in Arnberg rückgängig gemacht worden.

pn. Hagen. Das Wohlfahrtsamt um 487 RM betrogen. Wie so manchem Handwerksmeister ging es auch dem Klempnermeister Ernst T. geschäftlich sehr schlecht. Da er keine Einnahmen mehr hatte, wandte er sich an das Wohlfahrtsamt und wurde in der Folgezeit aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Eines Tages bekam er wieder erhebliche Aufträge und demgemäß auch wieder Verdienst. Diesen verschwie er dem Wohlfahrtsamt und bezog die ihm gewährte Unterstützung immer weiter, bis ein Kontrollbeamter dahinter kam. T. hatte während der Zeit, in der er Arbeit hatte, insgesamt 487 RM an Unterstützung bezogen. Um diesen Betrag fühlte sich das Wohlfahrtsamt betrogen und stellte Strafantrag. In der gestrigen Verhandlung ließ sich der Angeklagte dahin ein, daß er sich verpflichtet hatte, die ihm gewährten Unterstützungsgelder später wieder zurückzahlen, er diese Gelder also als Darlehen erhielt. Da er noch sonstige Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen hatte, habe er dies „Darlehen“ weiter bezogen. Er hatte sich aber auch verpflichtet, jeden Verdienst dem Wohlfahrtsamt anzuzeigen, damit eine Verrechnung stattfinden sollte. Der Vertreter der Anklage betonte in seiner Anklage, daß es immer mehr um sich greife, daß Wohlfahrtsunterstützte Nebeneinkünfte verschwiegen. Gerade die öffentlichen Institute hätten in der heutigen Zeit schwer zu kämpfen und die notwendigen Mittel aufzubringen und müßten unbedingt geschützt werden. Die Gerichte seien in der letzten Zeit dazu übergegangen, Betrüger zum Schaden des Wohlfahrtsamtes nur noch mit Gefängnis zu bestrafen. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Das Gericht ließ wegen der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten etwas mehr Milde walten und schickte ihn für einen Monat ins Gefängnis. Bewährungsfrist wurde nicht gegeben.

Dortmund. Räte der Gerichtsvollzieher. Hier tagten kürzlich die Obergerichtsvollzieher des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm, um zu Berufsfragen Stellung zu nehmen. In der Aussprache kam sehr stark die Not der Gerichtsvollzieher zur Debatte. Es konnte festgestellt werden, daß die meisten G.B. infolge der starken Kürzung der Gebührenanteile nicht mehr ihre Geschäftskosten decken können und Abhilfe dringend nötig ist. Dabei wurde betont, daß es unverständlich sei, daß immer noch einzelne Volkskreise die Meinung vertreten, die G.B. hätten hohe Einnahmen. Es scheint nicht durchzubringen, daß die G.B. schon seit dem Jahre 1900 staatlich angestellt seien und nur Gebührenanteile bezögen, aus denen alle Geschäftskosten zu bestreiten seien. Wenn beachtet würde, daß von den Gebühren der G.B. zur Zeit nur ganze 18% erhalte und davon seine Angestellten, die Büros und die

sonstigen Kosten begleichen müßte, der Staat für sich die weiteren 82% vertende, könne wohl kein Zweifel darüber herrschen, daß auch der G.B. wirtschaftlich schwer ringen müßte. Erwünscht wäre es auch, wenn die Bevölkerung mehr Verständnis für den Dienst des G.B. zeige, nicht den Beamten in Ausübung seines Dienstes als persönlichen Feind betrachte und ihm den Dienst noch schwerer mache, wie dieser so schon sei. Hierbei wurden Ausschreitungen aus Schuldnerkreisen eingehend besprochen.

Braunschweig. Als Erpresser und Betrüger vor dem Richter. Vor dem hiesigen Großen Schöffengericht begann eine auf zwei Tage berechnete Verhandlung gegen den 44jährigen Kaufmann und Makler Willi Müller wegen Erpressung und Betrugs. Die Erpressung soll in neun Einzelfällen gegen den Regierungs- und Baurat Warning, früher in Braunschweig, jetzt in Magdeburg, begangen worden sein. Müller war von Warning mit der Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten betraut worden und wird nun beschuldigt, seine hieraus erwachsenen Kenntnisse in betrügerischer und erpresserischer Weise gegen seinen Auftraggeber ausgenutzt zu haben. Der zweite Punkt der Anklage lautet auf Betrug gegen das Fürstentum, da der Angeklagte seine Einnahmen, die er von Warning bezog, nicht angegeben hatte. Gegen Warning schwebt ein Disziplinarverfahren.

Gandersheim. Unterschlagungen bei einer Krankenkasse. Bei der hiesigen Baugewerks-Innungs-Krankenkasse wurden dieser Tage gelegentlich einer Revision erhebliche Unterschlagungen des Geschäftsführers Bunge festgestellt. Bunge wurde seines Amtes entbunden und die polizeilichen Ermittlungen gegen ihn aufgenommen. Die unterschlagenen Beträge belaufen sich auf über 7000 Reichsmark.

Langelshelm. Forderung an das braunschweigische Innenministerium. Der Jungdeutsche Orden veranstaltete hier einen Vortragsabend über Siedlung und Landnahme, an dem anschließend eine Ortsgruppe der jungdeutschen Landnehmerbewegung gegründet wurde. Der Vortragende betonte, daß man wegen der Arbeitslosigkeit eine Bevölkerungsumsiedlung aus der Stadt auf das Land wahrnehmen könne. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei nur möglich durch Siedlung und richtige Ausnutzung des vorhandenen Raumes, von dem in Deutschland noch 4 Millionen Hektar urbar zu machen seien. Zu diesem Zwecke müsse eine Gemeinschaftsiedlung mit genossenschaftlicher Grundlage geschaffen werden. Es wurde dann eine Entschließung gefaßt und dem braunschweigischen Staatsministerium zugeleitet, worin gefordert wird, die großen Staatsgüter aufzulösen, damit das Land den Landhungrigen zur Verfügung gestellt werden könne.

Büdingen. Ausbau der Schwefelquelle. — Anlage eines Schmuckplatzes. Die seit Jahren als heilkräftig bekannte Schwefelquelle auf der Hofwiese, die infolge vielfacher mutwilliger Verunreinigungen sich in einem verwahrlosten Zustande befand, ist jetzt durch die Hofkammer mit erheblichen Kosten ausgebaut und der Allgemeinheit zugänglich gemacht worden. Hübsche Anlagen mit Riesenwegen und Gebüsch umgeben die Quelle, die aus einer Steingrotte hervorspringt. Auch für Sitzgelegenheit ist durch Ruhebänke gesorgt. Der Platz hat eine zweckmäßige Umzäunung erhalten, wodurch das Ganze einen parkähnlichen Eindruck macht. Die Hofkammer hat mit dieser Anlage eine dankenswerte Aufgabe erfüllt.

Nah und Fern

○ Fröhliche Ausfahrt aus dem Zuchthause. Aus der Strafanstalt Brandenburg entwichen auf originelle Weise zwei Zuchthäusler, die wegen versuchten Mordes noch eine längere Strafe zu verbüßen hatten. Sie arbeiteten mit anderen Sträflingen auf dem Hofe der Strafanstalt und fuhren plötzlich auf einem Lieferauto, das im Hofe stand, zum Tor hinaus, vorbei an Zuchthausgenossen und Aufsehern, von denen sie offenbar für die Besitzer des Autos gehalten wurden.

○ Fürst Auerberg hat sich nicht erschossen. Die Prager Meldungen über den Selbstmord des Fürsten Karl Auerberg haben sich als falsch erwiesen. Es war berichtet worden, daß der Fürst sich wegen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf Schloß Grünberg erschossen habe. Jetzt wird gemeldet, daß der Selbstmörder ein Grundstücksmakler sei, der auf Grünberg als Gast weilte.

○ Vier Stilkäufer von einer Lawine verschüttet. Vier junge Wiener Stilkäufer sind auf einer Tour zum Moserboden von einer Lawine begraben worden. Der Wiener akademische Sportverein und andere Organisationen entsandten über Salzburg Rettungsexpeditionen, die jedoch ihre Suche wegen Lawinengefahr einstellen mußten.

○ Eine Hochzeitsgesellschaft stürzt in den Keller. Gelegentlich einer Hochzeitsfeier in Alencon (Frankreich), zu der etwa 40 Hochzeitsgäste erschienen waren, ereignete sich ein Unfall, der leicht schwere Folgen haben können. Die Gäste wollten nach dem Essen tanzen, als der Fußboden plötzlich nachgab. Alle Gäste stürzten mit den Möbeln und dem Geschirr in den Keller, in dem das Wasser über einen halben Meter hoch stand. Glücklicherweise kamen alle mit unwesentlichen Hautabschürfungen davon.

○ 23 Verletzte bei einem Zugunfall. In einem Vorort von Paris fuhr auf dem Bahnhof ein elektrischer Zug auf einen andern Zug auf. Mehrere Wagen schoben sich ineinander und wurden schwer beschädigt. 23 Personen erlitten schwere Verletzungen; fünf von ihnen schweben in Lebensgefahr.

○ 15 Todesopfer des Einsturzungslandes im Justizgebäude von Vastia. Nicht in Vastia, sondern in Vastia auf Korsika ist ein Teil des Justizgebäudes eingestürzt. Die Zahl der Toten beträgt nach neuen Feststellungen 15, während sich die der Verletzten auf 30 beläuft. Unter den Toten befinden sich zwei Rechtsanwälte und ein Vastiaführer, der den Verhandlungen im Justizgebäude als Zuhörer beizuhörte.

○ 1300 Häuser in Japan durch Großfeuer zerstört. Durch ein Großfeuer wurden in Omiga (Japan) 1300 Häuser in Schutt und Asche gelegt. Viele Menschen verbrannten, und zahlreiche Personen wurden verletzt. Der Schaden wird auf etwa sechs Millionen Mark beziffert.

○ Höchstleistung französischer Kapstadt-Flieger. Die französischen Flieger Coulette und Salel sind von Paris gehend gegen das Devisengesetz verhaftet worden. Es lange Strecke in drei Tagen 18½ Stunden zurückgelegt. Sie haben damit den von dem englischen Flieger Molison für die Strecke London-Kapstadt aufgestellten Rekord geschlagen. Molison brauchte für diese Strecke vier Tage 17 Stunden.

Das Geheimnis des Prophetensees.

Ein See als Wirtschaftsbarometer.

Wenn die Produzenten der Getreidepreise machen wollen, so lesen sie Wetterberichte und Saatenstandsnachrichten aus dem Reich und vom Balkan, aus Kanada, Argentinien und Australien. In früheren Jahrhunderten ohne Zeitung und Funk hatten es die Kaufleute nicht so bequem, auch die Hamburger hatten es nicht so leicht wie ihre Nachfahren aus dem zwanzigsten Jahrhundert, aber sie hatten doch immer noch einen besonderen Maßstab, der ihnen einen Blick, eine Berechnungsmöglichkeit für die kommende Zeit bot: den Quickborner Prophetensee, einem Teich an der Straße von Altona nach Kiel.

Der See hat es in sich. Man sieht ihm das nicht so ohne weiteres an, man hält ihn, der, kaum 50 Meter im Durchmesser groß, still zwischen steilen, bewaldeten Ufern liegt, für einen See wie tausend andere Seen auch, und doch ist er so ganz, ganz anders, tanzt vollkommen aus der Reihe heraus, ja, lehrt alle Erfahrung, die man mit Seen hat, auf den Kopf. Sein Spiegel fällt und steigt, aber dieses Steigen und Sinken geschieht aller Regel zum Trotz: Bei trockenem Wetter, in heißen regenlosen Sommern wächst der See, bei starken Niederschlägen, in Regenerperioden sinkt er. Aus dem Steigen und Fallen des Wassers wollten die Bauern und Kaufleute Steigen und Sinken der Getreidepreise erkennen können. Der See sagte ihnen die Zukunft am Markt voraus: Steigen bedeutete steigende Preise, Fallen bedeutete fallende Preise.

Die Bauern hatten natürlich bald das regelwidrige Benehmen des Sees entdeckt, und in einer Zeit, die bei allem gleich mit der Mystik zur Hand war, in der Wölfe und Hexen und weiß Gott was alles so billig waren wie nur irgend etwas, hatte man auch schnell den bösen oder guten Geist entdeckt, der den Spiegel des Sees hob oder senkte, um den Menschen die Zukunft zu deuten, um ihnen magere und fette Jahre vorauszusagen, um ihnen gar Krieg, Hungersnot und Pest anzukündigen. Der See erhielt den Namen „Prophetensee“, den er heute noch trägt. Der See gelangte zu Ruhm, und tatsächlich kamen die Kaufleute aus Hamburg und Lübeck nach Quickborn, um den See nach seiner Meinung über den Getreidemarkt zu befragen. Darüber berichtet der jüngere Pastor Goedede, und er führt Beispiele an: 1698 sei, als bei schönstem Wetter der See wuchs, der Roggen auf zehn Mark gestiegen, im Herbst aber sei er bei fortgesetztem schlechtem Wetter und stetigem Fallen des Seespiegels auf 44 Schillinge gefallen.

Unsere kritische Zeit hat den Glauben an die Prophetie des Quickborner Sees abgelegt, aber der See macht es nicht anders als in früheren Jahrhunderten. In dem trockenen Sommer 1911, als alle Gewässer austrockneten oder doch einen ungewöhnlich niederen Wasserstand zeigten, stieg das Wasser im Prophetensee; ebenso im Jahre 1917, als in den Monaten Mai, Juni und Juli kein Tropfen Regen fiel und alle anderen Wasser sich entsprechend vorchriftsmäßig benahmen, trat der Prophetensee über die hohen Ufer.

Unsere Wissenschaft gibt sich nicht mit dem Geist auf dem Grunde des Sees zufrieden, sie rückt dem merkwürdigen Burschen zu Leibe. Sie hat das Rätsel noch nicht lösen können. Sie hat festgestellt, daß die Temperatur auf dem Boden des verhältnismäßig tiefen Sees immer vier Grad, die Wärme, bei der Wasser die geringste Ausdehnung hat, zeigt. Das Boden ist fast undurchlässiger Ton, unterirdische Wasserläufe führen nicht in den See. Aber mit alledem ist das Geheimnis noch nicht gelöst. Die Meinung, daß durch den festen Ton röhrenartig eine durchlässige Erdschicht führt, die zuerst aufwärts steigt und sich dann senkt und so, wenn der Wasserstand im See eine gewisse Höhe erreicht hat, als Saugheber wirkt und den See auspumpt, erklärt das Phänomen nur teilweise und ist auch durch die Untersuchung noch keineswegs bewiesen. Die Landesanstalt für Gewässerkunde in Berlin läßt durch das Kulturamt Neumünster seit 1929 Grabungen und Messungen machen, um hinter das Geheimnis des Prophetensees zu kommen. Bisher hat er es noch nicht preisgegeben. Aber die Wissenschaftler wollen nicht ruhen, bis sie den Zauberschleier vom Quickborner Prophetensee genommen haben.

Max Reinhard über seine Rücktrittsgründe.

Am Freitagabend legte Professor Max Reinhard vor Vertretern der Presse die Gründe für seinen Rücktritt von der Leitung des Deutschen Theaters dar. Er habe diese Aufklärungen nicht früher geben können, da bis vor kurzer Zeit sämtliche Punkte noch ungeklärt gewesen seien. Reinhard begründete seinen Rücktritt mit seiner „wahren Abneigung gegen alles Unternehmertum“, zu dem er niemals Neigung oder Eignung verspürt habe. Er fand herzliche Worte des Dankes für seinen verstorbenen Bruder Edmund Reinhard, der viele Jahre hindurch das Geschäftliche der Reinhard-Bühnen verwaltet hat und für seine augenblicklichen Direktionsvertreter; er selbst aber könne nicht mit geschäftlichen Belastungen beschwert in einem Sinne weiterwirken. Das würde ihn nach 36 Jahren schwerer Arbeit gesundheitlich zugrunde richten. Reinhard bat um Vertrauen für seinen Nachfolger Dr. Rudolf Beer, dem bisherigen Leiter des Wiener Deutschen Volkstheaters, und für seinen Regisseur Karl Heinz Martin. Er, Reinhard, werde dem Deutschen Theater weiterhin durch seine Inszenierungen verbunden bleiben.

Drei Kriminalbeamte erschossen.

Mraubüberfall auf ein Marzeller Postamt.

Die Marzeller Kriminalpolizei war schon vor längerer Zeit darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine Gruppe von Banditen einen Raubüberfall auf ein Postbureau plane. Man hatte insulgedessen in entlegeneren Postbureau aus Überwachungsbeamte entsandt. In einem der letzten Abende erschienen kurz nach Schalterschluss vier Banditen in einem Postamt im Osten von Marzeile. Eine Postbeamtin, die sich noch im Schalterraum befand, schlug Alarm. Kaum hatten die drei dort untergebrachten Kriminalbeamten den Postabfertigungsraum betreten, als sie

von einem wahren Regener empfangen

wurden. Alle drei sanken schwer getroffen zu Boden. Die Banditen flohen, mußten aber einen der ihren verwundet zurücklassen. Die drei schwer verletzten Kriminalbeamten erlagen im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen. Der angeschossene Bandit dagegen befindet sich außer Gefahr und konnte bereits vernommen werden. Es handelt sich um einen 18jährigen Italiener, der schon einmal aus Frankreich ausgewiesen war.

Die Sühne für ein Attentat.

Sagoya, der Mörder des früheren japanischen Ministerpräsidenten Hamaguchi, ist zum Tode verurteilt worden. Sagoya hatte das Attentat auf Hamaguchi im November 1930 ausgeführt, als der Ministerpräsident einen Zug auf dem Bahnhof von Tokio besteigen wollte. Hamaguchi starb im August letzten Jahres an seinen Wunden.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 22. April.

Reichsbannerentscheidung erst Ende nächster Woche.

Berlin. Es ist behauptet worden, daß am kommenden Montag nach der Rückkehr des Reichsinnenministers Groener aus Süddeutschland eine Kabinettsitzung über die Reichsbannerangelegenheit stattfinden werde. Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt, daß für Montag keine Kabinettsitzung festgesetzt worden ist. Minister Groener wird voraussichtlich nach seiner Rückkehr dem Reichspräsidenten Vortrag halten. Die Entscheidung fällt jedoch erst nach der Rückkehr des Reichsministers nach Berlin in der zweiten Hälfte der nächsten Woche.

Größter Feuer im Vergnügungspark.

Berlin. Im Lunapark brach Großfeuer aus. Die Vergnügungsbahn stand in Flammen und ist zum größten Teil zerstört worden. Der Feuer weht, die den Brand einkreiselt hatte, gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Schwerer Autobusunfall.

Prag. Etwa 1,5 Kilometer von der äußeren Stadtgrenze Prags entfern sich der Autobus Bodenbach Prag mit einem Fahrer zusammen, dessen Führer und Begleiter schwer verletzt wurden. Der Autobus durchbrach dann das Straßengeländer, stürzte fünf Meter tief die Böschung hinunter und überschlug sich. Die 15 Insassen wurden, mit Ausnahme des Chauffeurs, sämtlich verletzt, vier davon tödlich. Bei den meisten mußten sofort Operationen vorgenommen werden.

Die englischen Textilgewerkschaften lehnen jede Lohnherabsetzung ab.

London. In einem Schreiben an den Verband der englischen Baumwollspinner und Fabrikanten hat der Landesverband der englischen Textilgewerkschaften den Vorschlag der Arbeitgeber, in gemeinsame Verhandlungen über eine allgemeine Lohnherabsetzung einzutreten, rundweg abgelehnt.

Das irische Gesetz zur Abschaffung des Treueides veröffentlicht.

Dublin. Der Text des Gesetzes zur Abschaffung des Treueides ist veröffentlicht worden. Das Gesetz enthält verschiedene weitere Abänderungen der irischen Verfassung. Eine der wichtigsten Klauseln erteilt dem irischen Landtag Vollmacht, die Verfassung auf Grund eines Volksbegehrens abzuändern, und zwar ohne, wie es bisher vorgeschrieben war, auf den englisch-irischen Vertrag Rücksicht zu nehmen.

Die Japaner verhaften Beamte der chinesischen Ostbahn.

Charbin. Die japanische Gendarmerie hat im Laufe ihrer Ermittlungen über das Attentat auf den japanischen Militärzug, bei dem 14 Soldaten getötet und 55 schwer verletzt wurden, mehrere Beamte der östlichen Strecke der chinesischen Ostbahn verhaftet, die beschuldigt werden, Beziehungen zu einer Terroristengruppe gehabt zu haben. Die Verwaltung der chinesischen Ostbahn hat sofort den sowjetrussischen Generalkonsul in Charbin, Slavutski, aufgefordert, Schritte zu unternehmen, damit die verhafteten Beamten wieder freigelassen werden.

Die russischen Gewerkschaften wollen besser leben.

Moskau. Die Gewerkschaften haben ein Telegramm an Stalin geschickt, in welchem sie den Führer der Partei begrüßen. Sie erklären sich auch bereit, für den zweiten Fünfjahresplan zu kämpfen, geben aber der Hoffnung Ausdruck, daß die Parteien und die Regierung sich die Mühe geben, die Lebensbedingungen der russischen Arbeiterschaft zu verbessern. Die Arbeiter wollen Erleichterungen namentlich in der Versorgung mit Lebensmitteln haben.

Frau Raidu erneut verhaftet.

Bombay. Die Präsidentin des Allindischen Kongresses, Sarojini Raidu, ist in Bombay verhaftet worden. Sie hatte trotz Polizeiverbot an einer Kongressitzung in Delhi teilgenommen.

Weitere Massenhinrichtungen in Mexiko.

Mexiko. In Huatusco wurden weitere 36 Mitglieder der Räuberbande, die feinerzeit die Stadt Pajo del Macho sowie einen nach Veracruz gehenden Eisenbahnzug überfiel, standrechtlich erschossen. Unmittelbar nach dem Urteil des Standgerichts wurde jeder Bandit einzeln im Gerichtshof an die Wand gestellt und niedergeschossen. Bisher sind insgesamt 61 Bandenmitglieder hingerichtet worden.

Zyflon auf der Halbinsel Yucatan.

Newyork. Die aus Merida (Yucatan) gemeldet wird, wütete auf der Halbinsel ein Zyflon, der rund 200 Häuser völlig zerstörte und Telegraphen- und Telefonleitungen niederlegte. Die Eisenbahnstation Talar wurde von dem Zyflon buchstäblich fortgetragen. Außer der Stadt Talar haben noch drei weitere Ortschaften außerordentlich stark gelitten. Ein schwerer Hagel begleitete den Zyflon.

Petrescu Comnen rumänischer Gesandter in Berlin.

Bukarest. Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung Petrescu Comnens zum Gesandten in Berlin. Die Übernahme der Geschäfte erfolgt am 1. Mai. Petrescu-Comnen hatte bereits vor Jahren in Berlin sein Land vertreten.

Familien-Nachrichten.

Geburten:

1 Tochter, Otto Schneider und Frau, Erna geb. Rathhage, Heesfeld. — 1 Tochter, Julius Jüngermann und Frau Erna geb. Drechsel, Halber. — 1 Sohn, Wolf Busch und Frau, Meinerzhagen. — 1 Tochter, Wilhelm Müller und Frau, Scherl b. Meinerzhagen. — 1 Sohn, Hugo Lausberg und Frau Helene Lausberg, Hakenberg.

Verlobte:

Else Schulz, Bad Meinberg und Erich Peiseler, Halber.

Gestorben:

Hr. Wilhelm Langmann, Emma geb. Baberg, Meinerzhagen, 52 J. alt. — Landwirt Theodor Grüber, Hengstenberg b. Meinerzhagen, 85 J. alt. — Frau Julius Seifler, Darmhe b. Meinerzhagen 68 J. alt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Else Schulz
Erich Peiseler

Verlobte

Bad Meinberg, 24. April 1932.
Halber,

Der im Entwurf aufgestellte Haushaltsplan der Gemeinde Halber für das Rechnungsjahr 1932 liegt vom 25. ds. Mts. ab 2 Wochen lang im Amtshaus, Zimmer Nr. 6 zur Einsicht offen.

Halber, den 22. April 1932.

Der Gemeinde-Vorstand.

In das Handelsregister A Nr. 993 ist am 16. 4. 1932 bei der Kommanditgesellschaft Geschwister Meisenhölzer in Schalksmühle eingetragen: Das Vermögen der Firma ist mit Aktiven und Passiven auf die Firma Gustav Meisenhölzer zu Dahl übertragen. Die Firma ist erloschen.

Lüdenscheid, den 20. April 1932.

Das Amtsgericht.

In der Nähe v. Bahnhof Anschlag

2 Zimmer
zu vermieten.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers, Halber.

Gesucht

4-5000 Mk.

aus Privathand als erst-
stellte Hypothek in gut-
landwirtschaftl. Besitz der
Gemeinde Halber.

Schriftl. Angebote unt.
N. 188 an die Geschäfts-
stelle d. Allg. Anz. Halber.

Seriöser Herr

mit Empfängnis. kann
500 RM. u. mehr mon. verd.
Angeb. unt. L. D. 336
an Ala Haasenstein &
Vogler, Chemnitz erbeten.

In. doppelgekochtes

Leinöl

per Ltr. 50 Pfg.

Konsumverein Halber,
e. G. m. b. H.

Sommer-
prossen

werden unter
Garantie durch
VENUS (Stärke
B)

besetzt. M. 1,60, 2,75.

Gegen Pilsener Mitterer Stärke A

Halversche Med. Drogerie

Carl Menke.

Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-
Genossenschaft Halber.

Anträge auf Zuteilung
von

Hühnerweizen

können durch uns ver-
mittelt werden. Ein-
zeichnungslisten liegen
bis Ende April in unserm
Lager in Halber und in
Schweke aus.

Konsumverein Halber,

e. G. m. b. H.

Mitglieder die Hühner
halten, können je Huhn

2 1/2 kg zollfreien

Weizen

beziehen.

Anträge auf Zuteilung
können bis zum 28.
ds. Mts. in unseren
Verteilungsstellen ge-
stellt werden.

2 1/2 kg zollfreien

Weizen

beziehen.

Anträge auf Zuteilung
können bis zum 28.
ds. Mts. in unseren
Verteilungsstellen ge-
stellt werden.

2 1/2 kg zollfreien

Weizen

beziehen.

Anträge auf Zuteilung
können bis zum 28.
ds. Mts. in unseren
Verteilungsstellen ge-
stellt werden.

2 1/2 kg zollfreien

Weizen

beziehen.

Anträge auf Zuteilung
können bis zum 28.
ds. Mts. in unseren
Verteilungsstellen ge-
stellt werden.

2 1/2 kg zollfreien

Weizen

beziehen.

Anträge auf Zuteilung
können bis zum 28.
ds. Mts. in unseren
Verteilungsstellen ge-
stellt werden.

2 1/2 kg zollfreien

Weizen

beziehen.

Anträge auf Zuteilung
können bis zum 28.
ds. Mts. in unseren
Verteilungsstellen ge-
stellt werden.

2 1/2 kg zollfreien

Weizen

beziehen.

Anträge auf Zuteilung
können bis zum 28.
ds. Mts. in unseren
Verteilungsstellen ge-
stellt werden.

2 1/2 kg zollfreien

Weizen

beziehen.

Führer
durch das Hauptwege-
netz des Sauerlandes mit
großer Wege-
karte und An-
gabe d. sauer-
ländischen Ju-
gendherberge
usw.
RM. 1.05

Karten
vom Sauerland Antilche
Ausgabe des S. G. V.
Maßstab
1 : 50.000
RM. 1.35

Wegensichtskarten
vom Sauerland
Maßstab 1 : 250.000
RM. 0.50

Buchhandlung Wilh Bell jr., Halber i. W.

Spezialhaus f. Betten

Wäsche und Aussteuer

**Steppdecken, Matratzen, Reform-
Unterbetten, Metall - Bettstellen,
Kinderbetten, Bettfedern, Halb-
daunen und Daunen, Dampf-
Bettfedern- Reinigungs - Anlage**

August Vollmerhaus,
Kierspe - Bahnhof.

Gewinnauszug

1. Klasse 39. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne
gefallen, und zwar je einer auf die Losse gleicher Nummer
in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 22. April 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M.
gezogen

2. Gewinn zu 10000 M. 34439
3. Gewinn zu 3000 M. 30407 107231 394338 397475
4. Gewinn zu 2000 M. 204218 238059
5. Gewinn zu 1000 M. 64133 145090 168329 226622 271259
329553
6. Gewinn zu 800 M. 10148 44216 65950 94486 123559 158156
237586 264093 276805 285925 329003 358192 361386 366973 398488
56 Gewinn zu 500 M. 12255 12528 52399 55749 59046 61251
63738 71232 75541 76389 89193 90414 101917 109212 120477 159160
169057 221160 243516 264335 271787 281093 298228 307022 316645
338214 354694 379112

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M.
gezogen

2. Gewinn zu 10000 M. 399849
3. Gewinn zu 3000 M. 2771 321158
4. Gewinn zu 2000 M. 83461 114273
5. Gewinn zu 1000 M. 214313 267542
6. Gewinn zu 800 M. 15089 28895 32379 80438 81730 218386
222064 244627 265475 281697 284181 295813 335097 379268
38 Gewinn zu 500 M. 800 M. 10106 35304 53337 89201 89532 90144
103452 142081 210600 215160 215516 226619 235239 242301 257964
314145 320011 323409 391151
58 Gewinn zu 500 M. 10157 29564 40381 56468 74921 79641
86527 88586 95783 110470 115317 117500 119480 130079 137113
138764 153921 204481 223012 233860 241242 243276 286743 311091
320113 385370 392048 395099 398916

**Berein. Turn- u. Spiel-
Bereine Halber e. V.**

Montag, den 25. d. M.
abends 8.30 Uhr

Turnrats-Sitzung
in der Turnhalle.
Der Vorsitzende.

**Kupin-Geme-
Seife**

**Flechte,
Jucken,**

Auswahl Kräfte, Hämorrhoiden,
Schnupfen, Wundsein usw.

**Drogerie C. Baukloh,
Kierspe-Bhf. i. W.**

Zur Abgabe von ver-
billigten

Weizen
für Hühner nehme ich
Bezugscheine an.

Otto Krügeloh
Mühle u. Getreidegroßhandlung,
Dahlebrück,
Auf 319 Amt Schalksmühle

Bezugscheine für ver-
billigten

Hühnerweizen
ca. RM. 7.— a. Jtr
werden von mir einge-
samelt.

**Bestellungen auf
Saatkartoffeln**
nehme ich noch entgegen.

Ab. Herdepe, Halber.

Habe

**Weide-
Rinder**

erhalten.

Böfinghaus, Brügge.

Erhalte Mittwoch früh
den 27. April eine große
Auswahl bester

Oldenb. Schweine
verkaufe dieselben zum
billigsten Tagespreise.

Aug. Kerspe, Halber.
Tel. 352.

Bin Dienstag morgen 7 Uhr
in Bollwerk, um 8 Uhr
in Kierspe - Bf. (Tannen-
baum) mit billigen

echt oldenb. Schweinen
zum Verkauf.

Räpfer, Denneking.

**Schreibhefte
Formularmappen
Zeichenblöcke**
für die Berufsschule Halber
sind vorrätig in der Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halber.

Ein Blick genügt!
Hier fehlt nur
Hühneraugen-
„LEBEWOHL“

Hühneraugen Lebewohl und Lebewohl-Ballenscheiben, Blech-
dose (5 Plaster) 75 Pfg., Lebewohl Fußbad gegen empfindliche
Fuße und Fußschwellen, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich
in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben:
in Halber: Mediz.-Drog. C. Menke, in Schalksmühle: Adler-
Drogerie A. Cordt, in Kierspe-Bahnhof: Drogerie C. Baukloh

Kölner Effekten-Notierungen
vom 22. April.
(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz
nicht zustande gekommen.)

Barmer Bank.	*	Gesfent. Bergw. 34%
Rhein. Bauernb.	—	Rhönig Vergb. 16
All. u. Stuttg. 124.	—	Rh. A. G. f. Zud. *
Col. Feuer gr. 75	—	Rhein. Wasser *
Galdb. Feuer —	—	Schud. Electr. *
Et. Erdöl *	—	Wittener Guß *

**Amtlicher
Preisbericht der Kölner Produktenbörse.**
Köln, 22. April.

Es bedeutet Mg.-Noggen, F.-Futter, W.-Winter
S.-Sommer.

Weizen, rhein.	27.25	Weizenfl.	11.00—12.25
71 Mg.	33.00—34.50	Roggenfl.	10.00—10.50
Weizen, ausl.	22.00	Vierreber	12.00—12.75
Noggen, rhein.	66—67 Mg.	Reint. 38 Pr.	12.00—12.50
Mg., rh. neu E.	21.25—22.00	Erdnüssen.	12.75 13.25
Noggen, ausl.	16.25—17.25	50 Pr.	13.75—14.25
Hafer, hiesiger	17.50—18.50	54	9.25
Hafer, nordb.	17.50—18.50	Napst. 38 Pr.	12.15—13.60
Hafer, ausl.	19.00—19.50	Sobafchr.	9.25
Gerste, ausl.	19.00—19.50	46 Pr.	12.15—13.60
Gerste, int.	20.00—21.50	Napst. 38 Pr.	9.25
Gerste, int.	16.25—17.75	Palmerst. 10f.	11.50—12.25
Gerste, kleiner	18.00	Trudenst. 1f.	7.75—8.25
Weizenmehl	38.30	Unterst. 10f.	10.00—10.25
70 Pr., int.	38.75	Rohmelfase	8.25—8.50
Rhein. Weizen- bäckermehl m. Auslandsweg.	29.00—30.00	Weizenbrot, int.	5.20—5.80
Noggenmehl	30.30	lofe neu	gepreßt
70 Pr., m. aus- land. Noggen	25.50	lofe neu	gepreßt
Noggenstrot,	25.25	lofe neu	gepreßt
inländisches	—	lofe neu	gepreßt
ausländisch.	—	lofe neu	gepreßt

Kölner Butternotierungen
vom 22. April.

Butter (inländische) Erzeugerpreis ab Ver-
ladeplatz ohne Verpackung für 100 Kilogramm
in Reichsmark: 1. Qualität 246, 2. Qualität 236,
Tendenz: fest.

Kölner Kartoffelnotierungen
vom 22. April.

(Großhandelspreise für 50 Kilogramm bei
Waggonladungen von 15 000 Kilogramm, losfe
verladen, frachtfrei Kölner Bahnhof.)

Rheinische, runde, gelbe Industrie, 1. Qua-
lität 3,70, 2. Qualität 3,50 Reichsmark. Alles
andere nicht notiert. Tendenz: stetig.